

Die revolutionären Parteien zerfallen in anarchoistische Gruppen, die ihre Fühler besonders unter den Matrosen finden, und rechtsrevolutionäre Parteien. Zwischen diesen beiden Richtungen ist es schon zu blutigen Straßenkämpfen gekommen, die von der Regierung unterdrückt wurden. Kornilow und Alexejew haben sich anscheinend nach dem nördlichen Kaukasus zurückgezogen. Es ist ein Kolonienaufruch ausgebrochen, der die Verbindung zwischen Rußland und Turkestan unterbindet. Das Eintraten von Fudaran soll die Feindschaften gegen die Sowjet-Regierung eröffnet haben. Auch die Mandchurier werden unruhiger. Besonders die Weiß-Russen erheben mit vermehrtem Nachdruck Ansprüche auf Wolhynien, Smolensk, Tschernow und andere Gebiete und verlangen dringend einen Japaner zur See.

In der Ukraine ist das Hauptproblem der Landbesitz. Diese Teilung sollte von den Landkomitees durchgeführt werden, die aber ihrer Aufgabe nicht gewachsen waren. Die Folge waren große Unsicherheit in den Besitzverhältnissen und Unruhe zur Arbeit. Die Landbestellung und die Auslastung waren geradezu in Frage gestellt. Hier mußte eingegriffen werden. Der Eingriff geschah durch unsere Militärmacht und die Andra gemeinlich. Feldmarschall v. G. d. H. v. O. hat eine Verfügung erlassen, die die Arbeitspflicht für die Landarbeiter stipuliert. Auch in nationalen Fragen haben sich Schwierigkeiten ergeben. In der Krain übernahm die Sowjetmacht eine Schwere Herrschaft über die slowenischen Bauern aus. Die Schwarze-Meer-Flotte liegt noch immer vor Sewastopol verankert. Sie bildet einen Stützpunkt für die Sowjets, doch ist ihr Geleitswert sehr vermindert. Gegen die Angliederung von Beharabien ist von den Sowjets scharfer Protest erhoben. Sie wird als Vergewaltigung bezeichnet. In den Küstenstädten am Anzischen Meer, besonders in Baku, scheinen noch große Unruhen zu herrschen. Die Verletzung verschiedener Anlagen an den Delawellen von Baku wird gemeldet.

Gegen die Verlegung von Wladiwostok durch die Japaner haben die Sowjets heftigen Widerspruch erhoben. Inwieweit diese sind abgegangen, um diesem Protest Nachdruck zu verschaffen. Im Innern Sibiriens drohen neue Unruhen. Es taucht immer wieder die Nachricht auf, daß Fürst Nowik mit Hilfe der Japaner und der Entente eine Gegenrevolution vorbereite.

In wirtschaftlicher Beziehung scheint der Verfall von Industrie, Handel und Verkehr seinen Fortgang zu nehmen. Die Regierung bemüht sich um Abhilfe und hat bereits an die Türkei und an Deutschland Angebote auf Wiedereröffnung des Warenverkehrs gemacht. Für eine Befriedung scheinen in Nordrußland bessere Bedingungen gegeben zu sein als in Südrussland, in dem sich immer wieder der wirtschaftliche Einfluß der Entente zeigt. In der Ukraine ist, wie erwähnt, die Bekämpfung der Wirtschaft von der Lebensmittelversorgung abhängig. Es sind noch Vorräte im Lande, die eine Ausfuhr gestatten würden, wenn man auch in den Städten vielfach bereits zur Verrottung übergegangen wäre. Die Industrie liegt auch in der Ukraine darnieder. Die Nachfrage nach Industriearbeitskräften, besonders nach Eisenwaren und Maschinen, ist groß. Überall in Rußland ist jeder Handel, der kein Tauschgeschäft ist, außerordentlich erschwert. Das liegt daran, daß die Geldverhältnisse durch die völlige Entwertung des Papiergeldes sehr ungünstig sind.

**Ist der Friedensvertrag in Kraft?**

Der Völkischen Zeitung wird aus Wien berichtet: Die Ausdehnung des deutschen Reichsänglers über das Schicksal von Estland und Litland ist in den Wiener Blättern meist ohne Kommentar abgedruckt worden. Ich glaube nicht, daß man diese Schwächen ohne weiteres als Zeichen der Zustimmung auffassen kann. Der Kaiser kann man jedenfalls diesmal für das allgemeine Schweigen nicht ohne weiteres die Schuld beimessen. Zum Beweis dessen kann sich die Arbeitseinstellung in einem Zeitungsartikel mit dem erwähnten Gegenstande befassen, und zwar unter dem besagten Titel: „Ist der Friedensvertrag in Kraft?“ Das Blatt kommt auf die Rede des Reichsänglers vor den Abgeordneten von Estland und Litland zu sprechen und sagt:

„In paar Wochen, nachdem der Friedensvertrag unterzeichnet wurde, in dessen ersten Artikel Deutschland sich verpflichtet, mit Rußland fortan in Frieden und Freundschaft zu leben, erklärt der deutsche Reichsängler öffentlich, Deutschland wolle zwei russische Provinzen in ihrem Bestreben, sich von Rußland loszureißen, unterstützen. Freilich kann man auch daran zweifeln, daß sich der deutsche Reichsängler dies gefallen lassen wird. Man hat ihn vom Schwärzen Werke abgesehen und will ihn jetzt auch von der Hilfe abkneipen. Rußland blieb jedoch nur der Zutritt zum Meere im hohen Norden, das die Hälfte des Jahres angestoren ist, und im fernsten Osten, wobei die russischen Waren allmählich Wege haben. Diese Verbindung Rußlands von der Ostsee wird Deutschland mit einem neuen Krieg zu belegen müssen, sobald Rußland sich nach genug fühlen wird, einen solchen zu führen. Und bis dahin werden beide Völker, Deutsche und Russen, alle ihre Kräfte daran setzen müssen, zu rücken zu dem nächsten Krieg.“

Indessen ist das schließlich Deutschlands Sache. Wir haben keinen Einfluß auf Deutschlands Entscheidungen, aber wir halten es für nicht überflüssig, den Herrn Reichsängler zu fragen, ob er an der Erklärung des Grafen Czernin teilhabe, der erklärte, daß Österreich-Ungarn zwar den vorläufigen Besitzstand seiner Verbündeten verteidigen, aber für keine Eroberungen den Krieg fortsetzen will. Weder für eigene, noch für deutsche Interessen.

**„Strategische Sicherungen im Osten.“**

Auf ein von dem Nationalliberalen Verband für Westpreußen an den Generalkommandant v. Hindenburg abgegangenes Telegramm ist folgende Antwort eingegangen: „Der Nationalliberalen Verband für Westpreußen bitte ich zu versichern zu sein, daß ich nicht unterlassen werde, ein ausreichendes strategische Sicherung unserer Ostmark zu erwirken. Generalkommandant v. Hindenburg.“

**Nachricht des Kabinetts Seidler.**

Wien, 25. April. Das Ministerium Seidler hat heute seine Dimission überreicht. Im Reichsanzeiger verläutet, die Gesamtdimission des Ministeriums Seidler sei bereits vorangetrieben erfolgt und Außenminister Graf Thun-Larowicz mit der Kabinettsbildung vertraut worden. Dieser habe sich Bedenken ausgedrückt.

Die Regierungskreise in Oesterreich nimmt größeren Umfang an, als nach dem Abgang Czernins vorauszuversetzen war. In Ungarn ist es noch nicht gelungen, ein neues Kabinett zu formen, das sich an die Schwierigkeiten der Wahlreformfrage heranwagt; es heißt jetzt, daß von Kabinett unter

Josef Esterhazy in Aussicht sei. Im österreichischen Herrenhaus will der Präsident Fürst Windisch-Grätz nicht mehr auf seinem Posten bleiben und hat den Kaiser um Enthebung von der Präsidentenwürde gebeten. Im Zusammenhang mit diesen Schwierigkeiten steht das Dimissionsgesuch des Ministers Seidler. Die Kabinettskrise steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kaiserbrief, der die Schwierigkeiten, denen das Kabinett im Parlament begegnet, nach erhöhte. Die Verfassungspartei und die Mittelpartei im österreichischen Herrenhaus haben eine Entschließung angenommen, die sich „mit den politischen Vorgängen der letzten Zeit“ beschäftigt. In dieser Resolution verlangen die beiden Parteien die Einhaltung der verfassungsmäßigen Vorschriften bei allen staatspolitischen Vorgängen. Sie legen ein Verlangen zum Verständnis mit Deutschland ab, über an der Politik des Kabinetts Seidler scharfe Kritik und verlangen vom Präsidenten des Herrenhauses die Einberufung einer Sitzung zur Beratung dieser Entschließung. Der Präsident hat sich dieser Forderung widerlegt und will gehen.

Das hat anscheinend auch auf Seidler anstößend gewirkt, zumal die Kritik im Abgeordnetenhaus seit dem Kaiserbrief verheerender wirkt. Schon die längste Durchbringung des viermonatigen Budgets gelang dem Kabinett Seidler nur mit knapper Not dank der Stimmenthaltung der Sozialdemokraten. Jedoch der Kaiserbrief, die Beratung Czernins (des Thun-Regimes) an Stelle Czernins, die Verdrängung der Wahlreform in Ungarn, die Verschärfung des deutsch-schlesischen Kampfes in Böhmen — das alles hat die Schwie-

rigkeiten des Wiener Kabinetts ins nahezu Unüberwindliche gesteigert. Man darf gespannt sein, ob es dem Kaiser gelingen wird, einen neuen Mann zu finden oder ob er Seidler mit weiterer Fortführung seines Amtes wird bitten müssen.

**Die Kabinettsbildung Esterhazy gescheitert.**

Subarch, 25. April. (Ungar. Tel. Noeress-Bureau.) Die Kabinettsbildung Esterhazy, die gestern Abend so gut wie vollzogen erschien, ist den Abendstunden zufolge gescheitert. Die Abwahlung Esterhazy ging dahin, die Wahlreform teilweise auszuschießen und Ausschub bis zum Herbst zu erlangen. Die sozialistische Partei und die Karolipartei knüpften jedoch an ihre Zustimmung die Bedingung, falls auch im Herbst die Wahlreform vorliegt im Abgeordnetenhaus nicht unbedingt durchgesetzt werden könne, daß dann die Auflösung des Hauses und Aufrufung von Neuwahlen unbedingt erfolgen müßten. Dies konnte jedoch Esterhazy nicht in einer jeden Hinsicht auszuführender Weise gewährleisten. In politischen Kreisen hält man es für nicht unwahrscheinlich, daß Esterhazy die meiste Vertrauens mit der Kabinettsbildung erhalten wird.

**17000 Tonnen versenkt.**

Berlin, 25. April. (Kölnlich.) An der Westküste Englands wurden von unseren U-Booten wiederum 17000 T. versenkt. Unter den versenkten Schiffen ein beladener 5000 T. Reg.-Z. Dampfer und ein ebenfalls beladener Tankdampfer von 4000 T. Reg.-Z. Der Chef des Admiralsstabes der Marine,

**Militärische Miswirtschaft.**

In der Sitzung vom Donnerstag verfuhr zunächst der Leiter der Presseabteilung im Kriegsministerium, Oberstleutnant von dem Berg, die Angriffe auf das Kriegspresseamt als unbegründet zurückzuweisen. Die Aufgaben des Amtes seien, die Oberste Heeresleitung mit Material aus der Presse zu versehen, dann aber auch der heimischen Presse Material zu liefern. Im ganzen würden nur 210 lediglich garnisondienliche Offiziere dort beschäftigt. — Abg. Ledebour fragt, ob es richtig ist, daß in Fländern eine ganze Anzahl deutscher Soldaten infolge der Heberschwemmungen umgekommen sei. (Wird durch Jurat verneint.)

Abg. Scheidemann: Lieber die Tätigkeit des Kriegspresseamtes könne kein Zweifel bestehen, es sei zweifelhaft, die Presse zu einem gewissen Wertung gewisser Kreise zu machen. Die Oberste Heeresleitung drücke jeden Tag einen neuen Anseh für die Presse. Charakteristisch sei, daß man sogar die Veröffentlichung einer vom elass-lohringischen Landtag beschlossenen Resolution unterdrückt habe.

Die Militärbehörden machen eine Dummheit nach der andern und verziehen dann der Presse, darüber zu berichten. Die Vorgänge in den besetzten Gebieten im Osten sind sehr bedenklich, der Krieg darf nicht in einen Eroberungskrieg umschlagen. Nach allen Nachrichten, die zu uns dringen, haust das Militär in diesen Gebieten in einer Weise, die nicht zu billigen ist, wie es auch eine große politische Unklugheit bedeutet, eine Bevölkerung vor den Kopf zu stoßen, von der man etwas zu bekommen hofft. In der Ukraine nimmt man direkt die Interessen der Großgrundbesitzer wahr und hat damit bereits den Protest der Kaba ausgelöst. Gegen diese Eigenmächtigkeit muß ein Einspruch erhoben werden, wie auch dagegen, daß man deutsche Soldaten als Vorkämpfer verwendet. Auf Veranlassung der Militärverwaltung hindert man die Vertreter der kaiserlichen Wälder, nach Berlin zu kommen. Mit dem Verbot der Reisen deutscher Abgeordneter in diese Gebiete will man zweifellos einen Meinungsaustrausch verhindern. Vertreter Litauens, die in Berlin waren, sind daran verhindert worden, scheinunglos wieder abzureisen, angeblich, um an einer Feier in Wilna teilzunehmen, die gar nicht stattgefunden hat. Jetzt aber verzögert man ihnen die Pässe. Man muß verlangen, daß dem Reichstag endlich gesagt wird, welche Ziele wir in Finnland verfolgen. Wie sieht es insbesondere auch mit den Tobenurteilen, die in Belgien von den Militärgerichten gegen Veronen gefällt worden sind, die in der Internationale eine Rolle spielen. Redner fordert dann noch genauere Auskunft über den englischen Angriff auf Jersbücker; der Reichstag habe das Recht, die ungeschminkte Wahrheit zu erfahren. — Abg. Gräbe bezeichnet die Verhältnisse in der Ukraine als sehr unzureichend. Am aber die von der ukrainischen Regierung übernommenen Pflichten höherzustellen, sei militärische Unterstützung der dortigen Regierung notwendig.

General v. Berthold sagt auseinander, daß die Regierung der Ukraine nicht die ausreichende Macht hat, um die im Friedensvertrag übernommene Verpflichtung, um Getreide zu liefern, durchzuführen. Daraus erklärt sich unser militärisches Eingreifen. Der Rufus des ukrainischen Außenministers, das Land zu verlassen, ist von den Einwohnern nicht beachtet worden, und deshalb ist es notwendig, einen gewissen Zwang auszuüben. Auf die Anfrage Scheidemanns bemerkt er, daß der sozialistische Senator in Antwerpen wegen Spionage zum Tode verurteilt wurde. Das Urteil unterliegt der Bestätigung durch den Kaiser. Der andere Belgier dagegen ist nicht zum Tode verurteilt worden.

Müder-Weininger: Bestehlt es es verboten, daß Abgeordnete nach dem Osten gehen? Die Berichte über den Ueberfall auf Jersbücker entsprechen nicht den Tatsachen.

Abminal Hobbingshaus gibt ein Bild von dem Angriff auf Jersbücker. Es handelt sich bereits um den fünften derartigen Angriff. Diesmal war das Wetter den Engländern günstig. Auf den Angriff war die deutsche Marine vorbereitet, denn mit einer solchen Möglichkeit mußte dauernd gerechnet werden. Die Engländer kamen unter dem Schutze einer künstlichen dichten Nebelwand. So konnte ein Boot direkt an die Mole kommen, das sofort stark beschossen wurde. Von den etwa 1000 Engländern kamen nur 40 auf die Mole. Militärische Anlagen sind nicht zerstört worden. Der Angriff wurde restlos abgeklappt. Beim Eingang der Mole liegen verlorene Fahrzeuge, ohne daß damit die Einfahrt in den Kanal verhindert werden konnte. Die gegen Ostende angelegten Bahnrampen haben ihr Ziel überhaupt verfehlt. Die Durchsägung des U-Bootes ist nicht behindert. Der englische Verlust ist durchaus gering.

Abg. Getheln berichtet die Angaben über unsere Verluste. Die Vorgänge in den belgischen Handkäsern können und nur mit dem Gehör tiefer Scham erfüllen.

Abg. Kaste: In Valareit sitzen 1500 deutsche Offiziere, die die 51 Kasinos besetzen. Beim Friedensschluß mit der Ukraine ist mit keinem Wort von dem Verfahren gesprochen worden, das jetzt angewendet wird. Der Reichstag darf nicht ruhig zusehen, wie ihm die bösesten Suppen eingebracht werden. Die öffentlichen Einrichtungen in der Ukraine werden von der militärischen Besatzung direkt beschlagnahmt; man bezieht sie in Anweisungen an die Offiziere zur Inhabung für die Plünderungen als Aufgabe.

die demokratischen Einrichtungen zu beseitigen. Gegen diesen Mißbrauch wenden sich unsere Soldaten. Redner kritisiert dann den Versuch, der die Reien von Abgeordneten nach den östlichen Gebieten verleiht, angesichts der Tatsache, daß Prinz Heinrich von Preußen dort eine unzulässige politische Tätigkeit entfaltet. Die Verungern eines unabhängigen Vertreters lassen erkennen, daß den Abgeordneten jeder Einblick verweigert werden soll.

Abg. Scheidemann beantragt nun, die Verfügungen des General v. G. d. H. v. O. dem Ausschuss vorzulegen. Dieser Antrag wurde von Fortschrittlichen und Zentrum unterstützt.

Abg. Erdberger stellt fest, daß auch Schriften verbreitet wurden, die eine Verhinderung des Zentrums darstellten. Selbst Offiziere protestieren gegen dieses Treiben. Wir dem Vorgehen in der Ukraine schädigt man direkt das Ansehen Deutschlands. Der Reichstag hat nach der Verfassung das Recht, bei der Vorbereitung von Friedensverträgen mitzuwirken. Der Standpunkt sei unhaltbar, daß ein einzelner Mann das Recht haben solle, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Tausende von Offizieren werden lediglich mit der Bekämpfung der öffentlichen Meinung beschäftigt.

Abg. Ledebour findet, daß unser Vorgehen in der Ukraine geradezu einen Vertragsbruch darstelle. Man hat damit nur erreicht, daß man sich die ukrainischen Landwirte zum Feinde gemacht hat. Worauf beruhe das Recht zum Einrücken in die Krain? Aus Finnland liegen die bedenklichsten Nachrichten vor; wir kommen dort zu den gleichen Verhältnissen wie in der Ukraine.

Abg. Müller-Meininger beantragt, die Verhandlungen über die Anweisungen des General v. G. d. H. v. O. nächste Woche in Anwesenheit des Reichstags fortzusetzen.

Abg. Scheidemann schließt sich diesem Antrag an.

Kriegsminister v. Stein hat von diesen Anweisungen keine Kenntnis, will sie aber beschaffen.

Oberst v. Frankefeld kommt auf eine Bemerkung des Abg. Ledebour zurück und behauptet, daß bei uns die Verengungen gut behandelt werden.

Die Beratungen werden am Freitag fortgesetzt.

**Fragen der Uebergangswirtschaft.**

Die kritische Frage, ob die Bundesstaaten das Recht haben sollen, an allen Verhandlungen und Sitzungen der Reichstages und der Wirtschaftsstellen der Textilindustrie während der Uebergangswirtschaft mit beratender Stimme teilzunehmen, wurde von der Kommission für Handel und Gewerbe dahin entschieden, daß das nur auszuführen werden soll den Bundesstaaten, die an dem Gegenstand der Verhandlungen materiell interessiert sind.

Die Verordnung soll noch auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 erlassen werden. Sie steht deshalb nur die Vorbereitung organisatorischer Maßnahmen vor.

Rach Gleichung dieser Fälle trat die Kommission in die Beratung eine Vorlage für eine Bundesratsverordnung über die Verwendung deutscher Kaufkraftschiffe ein. Der Entwurf sieht vor die Schaffung einer Stelle, der es obliegen soll, die Verwendung der deutschen Kaufkraftschiffe mit einem Bruttarumgehalt von mehr als 500 Registertonnen im Seetransportverkehr für die Zwecke der Uebergangswirtschaft zu regeln. Zusammengefaßt soll daher werden die ganze deutsche Seeschifffahrt in eine Produktionsverteilungs-Gesellschaft m. b. H. überführt. In dem Redner die Selbstverwaltung ermöglicht, eingetragt natürlich in dem Rahmen, wie er durch die Bundesratsverordnung geschaffen werden soll.

In der Generalausprache wurden prinzipiell ablehnende Gesichtspunkte nicht laut. Verlangt wurde, dafür zu sorgen, daß hinsichtlich der hohen Frachtpreise die Räume der Redner nicht in den Himmel wachsen. Das deutsche Volk, das Milliarden für den Wiederaufbau der Handelsflotte bewilligt habe, würde dies sehr ablehnen.

**Deutsches Reich.**

**Verabsiegung der Westrationen?**

Am Freitag hält das Kriegsernährungsamt mit seinem Vize eine Sitzung ab. Die vorzulesen, wird der wichtigste Punkt dieser Sitzung die Frage sein, ob eine Verabsiegung der Westrationen erforderlich sei.

Der Vorsitzende bemerkt zu der Meldung: Die vorzulesen, kommt eine Herabsetzung der Westration zur Zeit nicht in Frage. Ob sie zu einem späteren Zeitpunkt vor der neuen Rente notwendig werden wird, steht noch nicht fest. In der Verhandlung ist man allerdings der Meinung, daß eine solche Maßnahme, die das rationierte Nahrungsminimum quantum noch weiter unter das Existenzminimum herabdrückt, nicht in Frage kommen kann, wenn das, was von dem „Großverteilern“ der Ukraine“ ergriffen wurde, auch nur einigermassen der Wahrheit entspricht.

**Die Getränkeveruern.**

In der letzten Sitzung nahm der Reichstag zu den vorgeschlagenen Getränkeveruern Stellung. Graf v. Helldorn suchte die Vorlage so schmerzhaft wie möglich zu machen. Seine Beweisführung war durchaus nicht unanschaulich, A. H. als er behauptete, die Weinsteuern seien nicht zu fesseln in indirekter Form. — Der Rententräger, der sich als Mittelständlermann, der für das Gedeihen der kleinen Brennereien eintritt und dem Monopol verdrößen entgegensteht. Zuletzt erwähnte er sich an der nun Unüberbrück-

Freitag den 26. April 1918  
 Der Reichstag hat die Angelegenheit der Westrationen...  
 Die Westrationen...  
 Die Getränkeveruern...  
 Die Westrationen...  
 Die Getränkeveruern...  
 Die Westrationen...  
 Die Getränkeveruern...